

--- Presseinformation ---

# „Äcker und Wiesen sind mehr als nur eine Immobilie!“

---

## Anregung an den Rat

### **Äcker und Wiesen der Städte und Gemeinden im Kreis Wesel umweltgerecht bewirtschaften – Ausschluss von Glyphosat und Anlage von Blühstreifen**

Wesel, den 15.06.2018

Die Kommunen im Kreis Wesel besitzen zusammen ca. 634 Hektar verpachtete und landwirtschaftlich genutzte Flächen, wie eine Umfrage, die die Kreisgruppe Wesel des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in den letzten Monaten durchführte, ergab (Ergebnis auf unserer Homepage: [www.bund-wesel.de](http://www.bund-wesel.de)). Eine Regelung zum Ausschluss von Pestiziden ist in den Pachtverträgen bisher nicht enthalten. Ausnahme bildet hier die Stadt Wesel, die die Verwaltung inzwischen angewiesen hat, zumindest den Verzicht auf Glyphosat zukünftig in die Pachtverträge aufzunehmen.

In dieser Woche hat die Kreisgruppe Wesel des BUND deshalb alle 13 Städte und Gemeinden im Kreisgebiet angeschrieben und regt an, die Verpachtung gemeindeeigener landwirtschaftlicher Flächen anders als bisher an verbindlichen ökologischen Kriterien auszurichten und so die biologische Vielfalt zu stärken. „Angesichts des anhaltenden Artenschwunds bei Pflanzen und Tieren in der Agrarlandschaft und insbesondere auch bei Wildbienen und anderen Insekten ist es wichtig, dass die Kommunen im eigenen Verantwortungsbereich konsequent vorgehen und alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, diesem Trend entgegenzuwirken“, so Günther Rinke vom Vorstand der BUND-Kreisgruppe. In Schreiben an die Bürgermeister regt der BUND deshalb an, in den Pachtverträgen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf diejenigen Mittel zu beschränken, die laut EU-BIO-Verordnung erlaubt sind. Das beinhaltet auch den Verzicht auf gebeiztes Saatgut.

„Die Stadt Wesel hat die Verwaltung bereits angewiesen, die Pachtverträge zukünftig dahingehend zu ändern, die Anwendung von Glyphosat zu unterbinden. Das allein ist jedoch nicht ausreichend. Auch wenn die EU vor kurzem, die Freilandanwendung der am häufigsten genutzten Neonicotinoide (Pflanzenschutzmittel, die auf Nervengiften für Insekten basieren) verboten hat, steht zu befürchten, dass die Landwirte demnächst andere Produkte aus diesem Sortiment einsetzen werden. Deshalb sollten die Kommunen ihrer Verantwortung für die Artenvielfalt nachkommen, und auf ihren Grundstücken die Anwendung von Neonicotinoiden generell untersagen“, erläutert Günther Rinke die Anregung des BUND.

Weiterhin regt der BUND an, bei der Neuverpachtung bzw. Verlängerung auslaufender Pachtverträge von Ackerflächen die Einhaltung einer mindestens 3-gliedrigen Fruchtfolge sowie die Anlage von Blühstreifen entlang der Ackerränder auf unbelasteten Böden verbindlich festzuschreiben. „Die gemeindeeigenen Landwirtschaftsflächen und die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes hat bisher keiner richtig im Blick gehabt, dieses möchten wir ändern. Äcker und Wiesen sind mehr als nur eine Immobilie!“, so der BUND.

Darüber hinaus regt die Kreisgruppe Wesel die Kommunen im Kreisgebiet an, dem Beispiel der Stadt Moers zu folgen, ihren Einsatz im Umweltschutz transparent zu machen und der Initiative der „Pestizidfreien Kommunen“ beizutreten (<https://www.bund.net/umweltgifte/pestizide/pestizidfreie-kommune/>).

**Hinweis an die Redaktion:**

Die Anfragen an die Städte und Gemeinden im Kreis Wesel zum Einsatz von Pestiziden stehen auf unserer Homepage: [www.bund-wesel.de](http://www.bund-wesel.de).

**Kontakt:**

Günther Rinke, Tel.: 02064-53543

Angelika Eckel, Tel: 0281-56961